

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Sülhorn Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Zur Sicherstellung unserer Volksernährung.

Wie vor 100 Jahren Napoleon vergeblich versuchte, den gesamten Handel Englands durch die Kontinentalperre unmöglich zu machen, so verfuhr seit Weltkriegsbeginn England vergeblich, Deutschlands Zivilbevölkerung auszuhungern. Man mag über Kriegsmethoden und Völkerrecht in diesem Kriege denken wie man will, die von der englischen Kriegsslotte verübte wirtschaftliche Blockade würde im Falle ihres Erfolges zum Resultat haben, daß Kinder, Frauen, Greise und Kriegsunsfähige in Deutschland dem Hungertode preisgegeben wären.

Daß die Entrüstung der Neutralen und der mensichlich Zühlenden in den uns befeindeten Staaten darüber bislang so wenig zum Ausdruck kam, während die „belgischen Grenzler“, das „geschürte Löwe“, die „Matbediale von Reims“, kurz alles, was die „deutschen Barbaren“ angegriffen haben sollen, gar nicht grausig genug von feindlicher und „neutraler“ Seite darzustellen werden konnte, ist eine der zahlreichen psychologischen Irrungen, denen erst später nach dem Kriege vollends der Scharak gemacht werden kann.

Nun hat die deutsche Admiralität als Vergeltungsmaßregel die Blockade Englands mittels der Unterjochboote (ab 15. Februar) angeündigt und - wie uns dünkt - eine einwandfreie amtliche Begründung an die neutralen und feindlichen Staaten gesandt. Das wird trotz alledem über einen neuen Entrüstungssturm bei Deutschlands Gegnern ansetzen, denn wer will es nicht hören, daß man gegen eine noch weniger etwas von Vergeltung.

Mag nun diese deutschseits angekündigte Aktion ausfallen wie sie will, sie ändert vorerst nichts an der Tatsache, daß Deutschland Lebensmittelfuhr von Englands Schiffen abgebrochen ist. Wir sind daher in der Schwierigkeit auf die Versorgung durch den eigenen Markt angewiesen. Da uns aber nicht unerhebliche Mengen Weizen, auch Roggen und Futtermittel fehlen, müssen wir unsere wichtigsten Nahrungsmittel „suchen“, das heißt einerseits durch Kartoffeln usw. ersetzen, andererseits die größtmögliche Einschränkung in unsern Nahrungsbedürfnissen durchsetzen.

Nun wird man in unsern Streifen mit Aug und Recht darauf hinweisen können, daß die Lobne unserer Kollegen in Verbindung mit der mehr dem 25prozentigen Lebensmittelpreissteigerung ohnehin schon dafür gesorgt haben, daß nur das Notwendigste konsumiert wird. Wohl vorwiegend aus diesem Grunde haben auch die seit Monaten in der Laatzweise wiederkehrenden Ermahnungen zur Sparamkeit so geringen Erfolg aufzuweisen.

Aber auf einem Gebiete vermögen diese Ermahnungen ohne Zweifel zu wirken: Die rationellere Art der Ausnutzung aller Nahrungsmittel! Möglichste Vermeidung und

Einschränkung von Ausgaben für Alkohol, Bier usw. Diese Parole sollte auch während der Kriegszeit von den Frauen unserer Kollegen ihren Männern recht eindringlich klar gemacht werden, wie auch andererseits die Frauen in dieser schweren Zeit lernen müssen „aus wenig viel zu machen“, indem sie alles irgendwie im Haushalt Verwendbare ausnützen.

Doch das alles hätte uns wahrscheinlich nicht vor der von den verbündeten Gegnern beabsichtigten Hungersnot bewahrt, wenn nicht die deutsche Reichsregierung der an dieser Stelle und von den Arbeitervertretern seit Kriegsausbruch geforderten staatlichen Regelung der Lebensmittelversorgung zum Teil nachgegeben hätte. Die Höchstpreise waren der Anfang, die Veranschlagung aller Getreide- und Mehlvorräte ist die weitere Folge und wie wir hoffen nicht die letzte.

Am 25. Januar hat das Staatsministerium folgende Bekanntmachung erlassen, die auch später noch als historisches Dokument Bedeutung behalten wird:

Durch Beschluß des Bundesrats ist die Beschlagnahme aller Brotgetreide- und Mehlvorräte für das gesamte Reichsgebiet angeordnet worden. Im Privatbesitz verbleiben außer kleineren Mengen unter einem Doppelzentner und außer Saatgut nur solche Vorräte, die in landwirtschaftlichen Betrieben zur Ernährung der in ihnen beschäftigten Personen erforderlich sind. Das gesamte Brotmehl wird auf die Kommunalverbände nach dem Verhältnis der zu versorgenden Bevölkerung verteilt werden; die Kommunalverbände werden den Verkauf der ihnen überwiesenen Vorräte an ihre zu versorgenden Einwohner zu regeln, daß jedermann eine entsprechende Menge von Brot und Mehl erwerben kann, und daß andererseits die Vorräte bis zur nächsten Ernte im Hochstimmer voll ausreichen.

In der ersten Lebensjahrgangzeit werden sich Unregelmäßigkeiten in der Brotversorgung naturgemäß nicht ganz vermeiden lassen, sie werden aber bald und hierüber überwunden werden.

Doch die angeordnete Maßnahme wen immer in das wirtschaftliche Leben unseres Volkes einschneift, als alle anderen bisher vom Bundesrat während des Krieges getroffenen wirtschaftlichen Anordnungen, unterliegt keinem Zweifel. Sie ist aber geboten, um eine ausreichende und gleichmäßige Ernährung unseres Volkes mit Brotgetreide bis zum Ertrich der neuen Ernte sicherzustellen, und ist damit eine sinnvolle und nationale Lebensnotwendigkeit. Die bisherigen Maßnahmen haben sich zwar als ausreichend erwiesen, einen spärlichen Verbrauch unserer an sich zwar durchaus ausreichenden, aber doch immerhin beschränkten Brotgetreidevorräte zu gewährleisten; insbesondere haben sie nicht vermocht, eine Verknüpfung des Brotgetreides wirklich zu verhindern. Zur Erreichung des dieses Zweckes sind zwei Wege: entweder eine ganz außerordentliche Erhöhung der Brotgetreidepreise, deren harter Druck den Verbrauch einschneidet und namentlich die Verknüpfung ausschließen läßt, oder die Beschlagnahme aller Brotgetreidevorräte und ihre Verteilung an

die Stammalverbände nach dem Verhältnis der zu ernährenden Bevölkerung. Mit dem deutschen Volk in der Kriegszeit eine weitgehende Verteuerung des Brotes zu erfahren, haben die Bundesregierungen sich für den zweiten Weg entschieden.

Die getroffene Maßnahme gibt uns die Sicherheit, daß der Plan unserer Feinde, Deutschland auszuhungern, vereitelt ist; sie gewährleistet uns eine ausreichende Proteinahrung bis zur neuen Ernte; sie macht unser Land auch in diesem wirtschaftlichen Kampfe unbefleglich.

Die unbedingt notwendige genaue und zuverlässige Ausführung der Bundesratsverordnung wird an die Staats- und Kommunalbehörden, insbesondere auch an die verwählten Organe unserer Selbstverwaltung, große Anforderungen stellen. Wir hegen das Vertrauen zu den Behörden aller Verwaltungen und zu jedem einzelnen Beamten, daß sie sich, auch soweit sie nicht vermoge ihres Amtes zur Mithilfe berufen sind, mit allen Kräften für die Durchführung der großen Aufgabe einsetzen und der Bevölkerung mit Rat und Tat zur Seite stehen werden. Der willigen Mitarbeit aller Kreise unseres Volkes und seiner wirtschaftlichen Organisationen sind wir gewiß. Jeder einzelne wird sich vor Augen halten, daß die gewissenhafteste Befolgung der Anordnungen über die Angabe seiner Vorräte, über das unbedingte Unterlassen jeder Verfütterung von Weizengetreide usw. eine ernste und heilige Pflicht gegen das Vaterland ist, deren Verletzung ihm — ganz abgesehen von der ehrenrührigen Gefängnisstrafe — eine schwere sittliche Schuld aufbürden würde. Demgegenüber muß jede Rücksicht auf Lebensgewohnheiten und persönliche Interessen zurücktreten.

Der vaterländische Geist und der feste Wille zum Siege, die sich in unserem Volke in dieser gewaltigen Zeit in so erhebender Größe offenbaren, geben uns die Gewißheit, daß jeder Mann und jede Frau im eigenen und weiteren Vaterlande auch hier gern erforderlich ihre Schuldigkeit tun werden. Wie unsere todesmutigen Truppen draußen auf der Welt, so wollen und werden auch wir dahemachenden zu unserem Teil den großen Kampf um des Reiches Bestand und Ehre siegreich durchhalten.

Es ist anzunehmen, daß sowohl in der Verteilung als in den sonstigen Einzelheiten die Durchführung dieses Bundesratsbeschlusses einige Schwierigkeiten zu überwinden hat. Aber die Gemeinden und (wie bereits in Berlin) auch die Gewerkschaften werden dazu beitragen helfen, daß diese Schwierigkeiten beseitigt werden.

Wir sind freilich weit davon entfernt, in dieser „Kriegssozialistischen“ Maßnahme etwas Revolutionäres zu sehen. Es ist eine aus Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit erwachsene Maßnahme. Aber sobald darf auch gesagt werden: In Friedenszeiten ließen die Regierungsmaßnahmen nur zu oft Zweckmäßigkeit vermissen, soweit sie sich auf die Arbeiterklasse bezogen. Wenn jetzt dem Träumen der Arbeiterpresse und der Arbeitervertreter bis zu gewissem Grade Rechnung getragen ist und nicht das Gegenrezept der agrarischen „Wissenschaftler“ Anwendung fand, durch möglichst hohe Protpreise den Konsum einzudämmen, so haben wir allen Anlaß, uns dieses Resultats zu freuen. Ob darüber hinaus eine Beweisführung unfergrundständlichen Anschauung mit diesem „Experiment“ ermöglicht wird, kann erst die Zukunft lehren.

Daß in Menge der Weidlagnahme nun auch endlich überall (wie z. B. in Berlin) ein Prothöchstpreis festgesetzt wird, erscheint uns unbedingt erforderlich. Das unentbehrliche Nahrungsmittel — das Brot — muß wenigstens in dieser schweren Zeit vor Sonderprofiten bewahrt bleiben.

Wenn dann noch im Frühjahr größere Mengen von Gemüse neu angebaut werden für den Massenkonsum und außerdem die Frauen sich bemühen, den „Konservativen“ Aushalt entprechend den Zeitverhältnissen umzugestalten, dann wird der Plan Englands und seiner Verbündeten (unserer Ausnahmekräfte) nur noch historisches Interesse haben.

Zunehmend sind die Tage viel ernster als sich mancher träumen läßt. Darum möchten auch wir uns der Nahrungsmitteln: **Seid sparsam mit den Nahrungsmitteln!**

Arbeitslojenfürsorge in den Gemeinden.

Einem Artikel von G. K. 1917 im „Korrespondenzblatt“ entnehmen wir das Folgende: Es sind leider erst recht wenig Gemeinden, die sich zu einer Arbeitslojenfürsorge entschlossen haben. Vor allem fehlen noch verschiedene G. Städte wie Aachen, Bochum, Breslau, Essen, Gelsenkirchen, Kiel, Nürnberg und Magdeburg, sowie hervorragende Industriestädte. Nachdem der Reichstag am 2. Dezember 200 Millionen Mark für soziale Zwecke bewilligt hat und dabei auch Zuschüsse an solche Gemeinden vorgeesehen sind, die eine Arbeitslojenunterstützung errichten, können es die früher so oft vorgeschlagen und zum Teil auch vorhandenen Schwierigkeiten der Beschaffung allem nach sein, die diese Gemeinden von der Einführung der öffentlichen Arbeitslojenunterstützung abhalten. Es ist der Einfluß der Unternehmer auf die Stadtverwaltung, der sich hier geltend macht, zugleich aber auch ein Beweis dafür, daß wir noch mehr „Parlamentarismus“ als bisher nötig haben. Allerdings lehnen verschiedene Städte die Einführung der Arbeitslojenunterstützung mit dem Hinweis ab, daß keine große Arbeitslojenunterstützung mehr bestehe, welche umgehrt ein Mangel an Arbeitskräften stattete und daher eine kommunale Arbeitslojenfürsorge nicht nötig ist.

Diese Stellung einiger Stadtgemeinden zur Frage der öffentlichen Arbeitslojenunterstützung kann nicht sofort genug bekämpft werden. Wenn sich auch erfolgreichere der Arbeitsmarkt stark gebessert hat, so ist nichtsdestoweniger in verschiedenen Industrie- und Gewerbezweigen noch heute eine große Arbeitslosigkeit vorhanden, die die Einführung der kommunalen Arbeitslojenunterstützung auch vom Standpunkte dieser Stadtverwaltungen aus nicht nur rechtfertigt, sondern geradezu bedingt. So weist die „Hof- und Arbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 3 1917 eine Arbeitslosigkeit von 19,1 Prozent der organisierten Holzarbeiter am 2. Januar gegenüber nur 17,7 Prozent der vorhergehenden Woche nach. Im Buchdruckgewerbe ist die Arbeitslosigkeit ebenfalls noch. Nicht weniger als 22,6 Prozent der Mitglieder des Bundesverbandes waren im November arbeitslos. Niemere Berufe, wie die Raddauer, raven mit 28,1 Prozent eine noch viel größere Arbeitslosigkeit. Die letzte Nachfrage nach Arbeitskräften, mit der einige Stadtverwaltungen die Aufhebung der Arbeitslojenunterstützung gauden begründen zu können, ist nur in den Berufen vorhanden, die für die Aufrechterhaltung des Heeresbedarfs in Frage kommen. Das ist bei dem großen und vielfachmaligen Heeresbedarf allerdings ein recht stattlicher Monaster von Industrie- und Gewerbezweigen mit verschiedenen Hunderttausenden, ja Millionen Arbeitern. Es klingt paradox, ist aber richtig: Wir leben vom Krieg.

Aber neben den zum Teil geteilten Gewerben sind auch die Berufe noch vorhanden, denen es beim besten Willen nicht möglich ist, ihren Arbeiter ausreichende Beschäftigung zu verschaffen. Diese arbeiten seit Monaten mit stark verringertem Personal. Vieles davon handelt es sich dabei um hochwertige Gewerbezweige, die wohl keine Stadt müssen mühen. Es liegt im Interesse dieser Städte, die heimisch gewordenen Industrie möglichst zu erhalten; die Anwanderung der hochqualifizierten Arbeitskräfte dieser Industrien und Gewerbezweige und deren dauernder Uebergang zu anderen Industrien schadet die betreffenden Gewerbe und damit auch das städtische Gemeinwesen.

Weer abgesehen hiervon ist doch der jetzt erreichte verhältnismäßig gute Stand des Arbeitsmarktes nur vorübergehender Natur. Die Arbeitslosigkeit am Kriegsende wird voraussichtlich größer sein und für verschiedene Gewerbezweige länger anhalten wie in den ersten Wochen nach dem Ausbruch des Krieges. Schon allein der Rücktransport der Millionenheere wird die Eisenbahnen außerordentlich stark in Anspruch nehmen und genau wie beim Kriegsbeginn auf einige Zeit den normalen Güter- und Personenverkehr völlig lahmlegen. Ohne Eisenbahnen aber keine industrielle Arbeit und keinen Handel. Zudem können die heimkehrenden Millionen von Industriellen und gewerblichen Arbeitern, selbst wenn es an Arbeitsmöglichkeiten nicht fehlen sollte, nicht so rasch in das Wirtschaftsgewebe eingereiht werden, daß es ohne große Arbeitslosigkeit abgehen könnte. So mancher Klein- oder Mittelbetrieb, der früher eine Anzahl Arbeiter beschäftigte, ist verschwunden; so mancher aus dem Netz zurückkehrende Arbeiter wird seinen vor dem Krieg innegehabten Arbeitsplatz besetzt finden. Man denke auch daran, daß die Vorräte zahlreicher unentbehrlicher Rohstoffe, wie Baumwolle, die wir ganz aus dem Auslande beziehen müssen, oder wie Kupfer, Zinn und andere Metalle, die wir nicht genügend im Lande selbst gewinnen können, während des Krieges vollständig aufgebraucht werden und nun erst wieder eingeführt und die Lager gefüllt werden müssen, ehe die solche Rohstoffe vorwiegend verarbeitenden Industrien und

Gewerbegebiete wieder mit voller Arbeiterzahl arbeiten lassen können. Somit kommt, daß ein Teil der jetzt mit Heeresarbeiten beschäftigten Betriebe die Produktion sofort mit Beendigung des Krieges wieder einstellen müssen, während allerdings ein anderer Teil zur Auffüllung der Bestände mit verringerter Arbeiterzahl weiterarbeiten können. Und zu alledem kommt hinzu, daß verschiedene ausländische Absatzgebiete verlorengegangen sind und von der Zukunft erst von neuem wieder erobert werden müssen. Auch werden zahlreiche, jetzt als Kriegsgefangene im feindlichen Ausland zurückgehaltene Arbeitskräfte nach dem Friedensschluß nach Deutschland zurückkehren und sich hier, sei es als Arbeiter, Angestellte oder selbständige Gewerbetreibende dauernd niederlassen müssen. Es wird also voraussichtlich an einem starken Angebot von Arbeitskräften in den ersten Wochen und Monaten nach dem Kriege nicht fehlen. Das deutsche Wirtschaftsleben wird nach dem Kriege eine wie häufigere Umbildung durchmachen müssen als zu Kriegsbeginn.

Daher ist es sich nun nach angebrochenem Kriege um die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln vorzugsweise für die durch den Krieg unverdunkel arbeitslos gewordenen Arbeiter, so gilt die jetzt nach eingetretener relativer Besserung der Geschäftslage geforderte Unterstützung den nach dem Friedensschluß als Nachwirkungen des Krieges arbeitslos bleibenden Arbeitern und Angestellten. Deren Zahl wird, wie ich schon hervorzuheben habe, nicht klein sein. In erster Linie werden es die aus dem Kriege zurückkehrenden Arbeiter sein, die unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben; sie, die vorher auf dem Lande mit täglicher Einsetzung ihres Lebens die uns nützlich gemachte Ellenbogenfreiheit für unsere Industrie und unseren Handel erkämpft und das Vaterland vor den furchtbaren Verwüstungen, die ein im Lande selbst geführter Krieg mit sich bringt, bewahrt haben, werden der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bedürftig. Hier ist Gelegenheit zur Abtragung der Dankesschuld gegeben, über die man gegenwärtig so viel in der Presse liest. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als von den Familien der heimkehrenden und erwerbslos bleibenden Kriegsteilnehmer Not und Sorge fernzurufen.

Die hierfür notwendigen Einrichtungen müssen aber jetzt schon getroffen werden. Das war ja gerade der Fehler beim Kriegsbeginn, daß erst wenige Städte eine Arbeitslosenunterstützung eingerichtet hatten und die meisten Industriezentren von der großen Arbeitslosigkeit vollkommen überrascht wurden und ihr daher völlig unvorbereitet gegenüberstanden. Dieser Fehler muß vermieden werden. Galt man erst nach dem Ausbrechen einer großen Arbeitslosigkeit nach Beendigung des Krieges an die Schaffung kommunaler Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen, so verzögert bis zur praktischen Verwirklichung Wochen und Monate; die Arbeitslosen erhalten gerade in der Zeit, in der sie eine Unterstützung überhaupt in Anspruch nehmen können und sie am nötigsten brauchen, eine solche nicht. Man spricht immer so viel von der großen Organisationskraft und Anpassungsfähigkeit der deutschen Industrie und der Verwaltung an die durch den Krieg geschaffene Wirtschaftslage. Wir wollen das nicht bestreiten und verkleinern, wir möchten aber darauf hinweisen, daß diesen organisatorischen Fähigkeiten auf dem Gebiete der Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln ein reiches und zahlreiches Feld nebeneinander gegenübersteht. Organisieren heißt vorbereiten und eine zweckmäßige Lösung der gegebenen Frage finden. Deshalb darf man auch nicht warten, bis wieder einmal eine große Arbeitslosigkeit da ist und das soziale Geschehen der Gesellschaft wieder zu erwachen beginnt, sondern muß rechtzeitig eingreifen und die nötigen Vorbereitungen zur Durchführung der gestellten Aufgabe treffen. Zu der mit diesem Gegenstand aufs innigste zusammenhängenden Frage gehört auch eine bessere Organisation der Arbeitsvermittlung unter entsprechender Wirkung der Gewerkschaften. Es ist heute hier nicht der Platz, mich über letztere Frage eingehend auszusprechen. Der ausschließliche Zweck der vorstehenden Zeilen soll sein, die Kreise der kommunalen Arbeitslosenunterstützung zur erhöhten Propaganda für deren Einführung in den damit noch im Stadium befindlichen Städten, Industrie- und Arbeiterwohnbezirken zu veranlassen. Wir müssen ernstlich mit einer großen Arbeitslosigkeit für eine geraume Zeit nach dem Kriege rechnen. Diejenigen Städte, die die eingerichtete Arbeitslosenunterstützung ausschließlich nur für die Kriegszeit bestimmt haben, werden diese zeitliche Begrenzung ganz von selbst fallen lassen müssen. Gelingt es dann, die Zahl der Gemeinden, die sich zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln entschließen haben, weiterhin zu vergrößern, dann ist ein Werk entstanden, das trotz seiner zahlreichen Mängel zu den bedeutendsten Errungenschaften auf dem Gebiete der Sozialpolitik gerechnet werden darf.

Wohnungsfürsorge für die Familien gefallener und invalider Krieger.

Eine umfassende Fürsorge für die Kriegsfamilien wird in übereinstimmender Weise von allen Kreisen als eine der wichtigsten Aufgaben anerkannt und betätigt. Soll unser Land von feindlichen Invasionen verschont, unsere Grenzen verteidigt werden, so ist es für die Kampfbereiten von unschätzbarem Werte, zu wissen, daß von ihren Familien Not und Verdrängnis möglichst ferngehalten werden. Neben diesen wichtigen Gegenwartsaufgaben muß aber auch die Fürsorge jetzt schon erwogen werden, die künftig den Familien der gefallenen und invalider Krieger zuteil werden soll. Die bisher geübte Veteranenfürsorge genügt nicht. Es wäre unerantwortlich und undankbar zugleich, wenn nicht auch auf diesem Gebiet Fortschritte eintreten würden. Die Nation verdankt den Kriegern, die ihr Leben oder ihre gesunden Glieder opfern, mehr, als was sich durch die beste Fürsorge vergelten läßt. Wir lösen mit der Durchführung einer umfassenden Fürsorge nur einen Teil der Dankeschuld ab, die wir denen schulden, die mit Gut und Blut für die Erhaltung unseres Vaterlandes kämpften.

Die Stimmen mehren sich, die fordern, daß die heutige Fürsorge bedeutend erweitert und umgefaßt werden muß. Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann hat als Leitwort für die Kriegsinvalidenfürsorge den Satz ausgesprochen: „Nach diesem Kriege darf es keine Kriegermänner geben!“ Das „Krankfurter Institut für Gemeinwohl“ fordert, daß aus seinen jahrelangen Untersuchungen und gesammelten Erfahrungen über das Schicksal Unfallverlehter praktische Ratsanwendungen für die Kriegsinvaliden gezogen werden. Die „Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge“ tritt gleichfalls mit praktischen Vorschlägen hervor. Und zu erwarten ist, daß auch die gesetzgebenden bzw. Regierungskreise ihrerseits dazu beitragen, den Invaliden resp. deren Familien Erleichterungen und Verbesserungen zu schaffen. Durch die bisherigen Veröffentlichungen und Kundgebungen weht ein guter Wille, die als notwendig anerkannten Maßnahmen und Reformen zur Durchführung zu bringen, und werden teilweise recht lobne Sanktionsfolgerungen gezogen, deren Verwirklichung im Interesse der Kriegsinvaliden und deren Familien sehr erwünscht wäre.

Zu der Fürsorge, die eine Wiederherstellung zur Berufstätigkeit oder doch zur Erlangung der Existenzmöglichkeit als Ziel hat, gehört aber die wichtige Aufgabe der Wohnungsbeschaffung. War es schon vor dem Kriege besondrer für kinderreiche Familien nicht leicht, geeignete und ihren Verhältnissen entsprechende Wohnungen zu bekommen, so dürfte sich diese Gefahr nach dem Kriege noch zu steigern. Gewiß begegnen wir jetzt nicht dem anmaßenden Tone, mit dem kinderreiche Familien sonst zurückgewiesen wurden. Man hat eingesehen, daß ohne die Männer, die früher auch einmal Kinder waren, unsere Grenzen nicht verteidigt werden könnten. Heute bringt man die Zurückweisung in bedeckter Form und schreibt: „in ruhigem Hause“, oder: „an ein älteres Ehepaar“ usw. in eine Wohnung zu vermieten. Die Praxis hat sich wenig geändert. Und auch künftig werden sich viele Hausbesitzer wie bisher weigern, an kinderreiche Familien zu vermieten. Mit vollem Recht wirft daher das „Westfälische Wohnungsblatt“ in seiner Dezembernummer die Frage auf: „Gäbe es nun etwas Traurigeres, als wenn eine kinderreiche Soldatenwitwe oder ein Kriegsinvalid mit großer Familie in dem Lande, das er als Familienvater mit verteidigt hat, kein Unterkommen fände?“ — Und sagt hinzu: „Welche Erbitterung würde diese Leute mit Recht ergreifen, wenn sie solch schmachvollen Hundst für ihre großen Opfer finden würden!“ — Mit den Einwänden, daß infolge der großen Verluste, die der Krieg mit sich bringt, viele Wohnungen leerstehen und infolge des bisherigen Wohnungsmangels ein Ueberfluß eintreten würde, läßt sich das genannte Blatt folgendermaßen ausprechen:

„Bei näherem Zusehen ist die Sache anders. Die meisten der Gefallenen werden unverheiratet gewesen sein und noch keine eigene Wohnung gehabt haben, und die Mehrzahl der Verheirateten, die im Kriege getöteten sind, werden Kinder haben. Alle diese machen also keine Wohnung frei. Nur die kinderlosen Kriegswitwen werden meist ihre Wohnung aufgeben, und deren Zahl wird gar nicht ins Gewicht fallen.“

Dieser Auffassung der eintretenden Verhältnisse kann man sich durchaus anschließen und wird dann zu dem Resultat kommen, daß der Bedarf an Wohnungen nach dem Kriege nicht geringer sein wird, ja daß der bestehende Mangel an Kleinwohnungen noch eher eine Verschärfung erfährt. Vorforgestellte Familien, die bisher eine

größere Wohnung mieten, werden sich, wenn der Ernährer im Felde steht oder als Strappell heimkehrt, einschränken müssen. Die erste Folge wird die Suche nach einer kleineren, weit billigeren Wohnung sein. Diese Familien werden also zur Steigerung des Bedarfs an Mietwohnungen beitragen. Auch die Familien, die heute aufgelöst sind und deren einzelne Glieder bei Eltern, Großeltern oder Verwandten Unterkunft fanden, müssen nach dem Kriege wieder in eigene Wohnung gebracht werden können. Es wäre im volkswirtschaftlichen Sinn: ein gefährlicher Ausfall in der häuslichen, die immer mit Erfolg verknüpft wurden, wenn die gegenwärtige Zusammenlegung von Familien zu einer dauernden Einmischung würde.

Wenn besonders ängstliche Gemüter in den nächsten Jahren keinen Bevölkerungszuwachs erwarten, oder wenn mit Abwanderungen infolge Verlegung oder Veränderung industrieller Werke gerechnet wird, so sind auch diese Bedenken nicht so schwerwiegend. Um Abwanderungen vorzubeugen, wird es im wesentlichen auf das Gehalt ankommen, mit dem die Stadt- und Gemeindeverwaltungen Handel und Wandel zu fördern und gemeinsam mit den Industrie-, Handels- und Handwerksvereinen resp. deren Vertretungen verhandeln, Anträge und damit Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die Industrie hat gerade in dieser Zeit gezeigt, daß sie anpassungsfähig ist. Sie hat sich zu ihrem eigenen Nutzen reich auf andere Produktionsrichtungen eingerichtet. Sollten diese Erfahrungen und Erregnisse nicht auch nach dem Kriege günstige Nachwirkungen ausüben? Mit den angebotenen Maßnahmen begeben wir auch dem andern Einwand. Wenn genügend Arbeitsgelegenheit und gesteigerter Verdienst gewährt wird, werden die Arbeiter nicht abwandern, eine Bevölkerungsverminderung nicht eintreten und zugleich die Bedingungen geschaffen, die unerlässlich sind für die normale Bevölkerungsentwicklung. Es sind keine Gründe vorhanden, die Zukunft weniger günstig zu beurteilen. Auf das entscheidende Wort kommt es an!

Die geforderte Fürsorge hat auch noch eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung. Aus der Wohnungsproduktion fließen die hauptsächlichsten Aufträge für das Baugewerbe. Dieses hat infolge des Rückganges in der Herstellung von Wohnungen schon vor dem Kriege empfindlich gelitten. Der Krieg hat die Lage noch verschärft und ein noch schlimmerer Niedergang wird die Folge sein, wenn nicht gerade durch Verbesserung des Wohnungswesens Aufträge geschaffen werden. So fließen die Mittel, die wir für eine hochwertige soziale Fürsorge bereitstellen, als lebendiger Strom im Kreislauf unseres Wirtschaftslebens weiter zum Segen großer Volksteile.

Auf Einzelheiten, wie diese Fürsorge durchzuführen ist, braucht man sich im Augenblick nicht festzulegen. Auf dem Lande wird sie anderer Art sein wie in der Stadt. Sie muß Hand in Hand arbeiten mit der eben erwähnten Fürsorge auf Wiederberufung der Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit. Als Träger kommen in erster Linie das Reich und die Gemeinden in Frage. Die sozialen und wirtschaftlichen Vereinigungen, insbesondere auch die Arbeitervereinigungen, die gemeinnützigen Laienvereinigungen und -vereine, müssen herangezogen werden. Diese werden ihre Erfahrungen und Beiträge gern in den Dienst dieser großen Kultur- und Wohlfahrtsaufgabe stellen, es kommt nur darauf an, ihren berechtigten Wünschen entgegenzukommen und ihrer Wirksamkeit Raum zu geben. G. B.

• **Aus der Praxis der Arbeiterversicherung** •

Krankversicherung und Kriegsteilnehmer. Eine wichtige Ergänzung des Reichsgesetzes vom 1. August 1914, betreffend die Erhaltung der Anwartschaften aus der Krankenversicherung, bringt die neue Verordnung des Bundesrats vom 25. Januar. Darin heißt es unter anderem:

Die Vorschriften des Gesetzes vom 1. August 1914 gilt auch für diejenigen, die beim Eintritt in Kriegsdienst oder ähnlichen Diensten für das Reich oder die österreichisch-ungarische Monarchie zur Erfüllung des § 133 der Reichsversicherungsordnung zur Weiterversicherung berechtigt waren, von dieser Berechtigung aber keinen Gebrauch gemacht haben. . . .

Die Stelle hat das Recht, bei der Anmeldung zur Weiterversicherung eine ärztliche Untersuchung vornehmen zu lassen. Für etwaige bei dem Wiederertritt vorhandene Krankheiten bestehen keine Ansprüche an die Leistungen der Stelle.

Auf Grund dieser Ergänzung können alle Kriegsteilnehmer, die während der Dauer des Feldzuges oder nach Friedensschluß aus dem Heeresdienst ausscheiden und vor dem Kriege resp. ihrer Einberufung auf Grund der Versicherungspflicht 6 Wochen oder als freiwilliges Mitglied in den vorhergegangenen 52 Wochen 26 Wochen

versichert waren, ihre Mitgliedschaft fortsetzen. Bis jetzt lag die Sache so, daß nur diejenigen, die innerhalb der gesetzlichen Frist von 3 Wochen nach ihrer Einberufung die freiwillige Mitgliedschaft gemeldet haben, ihre Anwartschaft aufrechterhalten konnten. — Bei der Tatsache, daß viele Kriegsteilnehmer die Fortsetzung ihrer Mitgliedschaft bezw. Aufrechterhaltung der Anwartschaft verkannt haben, bedeutet die Verordnung eine wichtige Ergänzung und ist dringend zu raten, von dem gegebenen Recht Gebrauch zu machen.

Die Wöchnerinnenhilfe hat gleichfalls eine Ergänzung bezw. genauere Auslegung erfahren. Die Bestimmung lautet:

§ 10. Wöchnerinnen der bezeichneten Art, die vor dem Eintritt ihrer Ehemänner in die Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Dienste entbunden worden sind, erhalten vom Tage dieses Eintritts ab das Wochenlohn auf 8 Wochen und das Stillgeld auf 12 Wochen, jedoch in beiden Fällen abzüglich der zwischen dem Tage der Niederkunft und dem Tage des Eintritts liegenden Zeit.

Folgendes Beispiel diene zur Veranschaulichung: Die Frau des A. kommt am 1. Februar wieder. A. muß am 16. Februar eintreten. Zwischen der Niederkunft und dem Eintritt zum Heeresdienst liegen 2 Wochen. Diese werden von den 8 Wochen und von dem Stillgeld in Abzug gebracht, so daß noch für 6 Wochen Wochenlohn und für 10 Wochen Stillgeld zu gewähren sind.

Die neuen Bestimmungen haben rückwirkende Kraft; die erste, die Weiterverordnung betreffend, vom 1. August 1914 an, die zweite vom 3. Dezember 1914 an.

• **Wochenbericht vom Krieg** •

Verkehr, den 8. Februar 1915.

Von großer Bedeutung kann die neue Maßnahme der Deutschen Admiralität werden: Blockade Englands! Radem die „Neutralen“ nicht nur die Sperrung der Nordsee (englischer Völkerrechtsbruch) hingenommen und sich mit formellem Protest begnügt, nachdem weiter die Erklärung der „relativen Kriegskontente“ (Wohl, Nahrungsmittel usw.) durch England eine Aufhebung der Blockade des deutschen Volkes anstrebt und ernstlich erhofft, nachdem endlich die amerikanischen Rüstungslieferungen an England und seine Verbündeten ungeheure Dimensionen angenommen haben, blieb Deutschland kaum eine andere Wahl als die Verhängung der Blockade englischer Häfen mittels der U-Boote. Kompliziert wird das Vorhaben durch den englischen antilichen Geheimlaß, daß englische Handelsdampfer ebenfalls unter neutraler Flagge gehen sollen. Deutschland hat den Plan der Blockade auf den 18. Februar festgesetzt, damit die neutralen Schiffe Zeit gewinnen. Bereits sollen 23 englische Schiffahrtslinien den Verkehr eingestellt haben. Doch dürfte sich das mehr auf den engeren Verkehr im Kanal beziehen, wo die deutsche Admiralität „mit allen Mitteln“ jezt englische Truppentransporte verhindern will. Das heiße atemspannende Ringen auf See zwischen Deutschland und England hat damit eigentlich erst eingesetzt. Wieviel Zerstörungen an Menschen, Produkten und Material wird die nächste Zeit aufweisen! — Im Osten wie im Westen schreitet der „Positionskrieg“ vor. Besonders wurde in der letzten Woche in den Karpaten heftig gekämpft. Die Österreichischer und die mit ihnen verbündeten deutschen Truppen erzielten ansehnliche Erfolge. Auch in der Bukowina mußten die Russen nach der Schlacht bei Mikulibava zurückweichen. Als zur völligen Säuberung der Bukowina ist freilich noch ein weiter Weg. — In Serbien ist noch immer kein neuer Vorstoß der Österreichischer erfolgt. — In Polen scheinen sich größere Dinge vorzubereiten. Auch der deutsche Kaiser weist wieder an der Ostfront. — Im Westen ist die weitere Entflammung Verduns bis Raffines vorgeschritten. — Die Türken sollen wieder einmal am Suezkanal sein. Diesmal ist die Meldung amtlich. — Die Russen machen wieder von sich reden. Der Aufstand ist trotz „Reuter“ also noch immer nicht ganz unterdrückt. Nachstehend Einzelvorfälle: **30. Januar.** Großes U-Bootverbot verhängt im Kanal bei Kap d'Antifer englischen Dampfer „Dakota“ und „Dakota“. Der gleichfalls angegriffene englische Dampfer „Mara“ wurde durch französisches Torpedoboot nach Le Havre geleitet. **31. Januar.** Bei Klawka (polnisch-österreichische Grenze) wurden die Russen aus mehreren Entschloßungen verdrängt. Im Gefolge des russischen Torpedoboots (Marpaten) befreiten die Russen 800 Gefangene, 2 Gefangene, 2 Maschinengewehre. **1. Februar.** Deutscher Admiralität ist bekannt, daß der Landung englischer Truppen und englischer Kriegsmaterials in Frankreich mit allen Mitteln entgegenzuwirken wird. Dem Handel nach der Nordsee wird der Weg am Schottland empfohlen. — In den Karpaten kämpfen Deutsche mit Österreichern gemeinsam. **2. Februar.** Zweitägige Kavalleriegefechte bei Lipno (Nord-

polen) enden mit dem Zurückwerfen der Russen. - Bei **Polimow** (südlich der Weichsel in Nordpolen) das Dorf **Samin** erobert. Russische Verluste: 6000 Gefangene, 6 Maschinengewehre. - In den **Karpathen** werden von Deutschen und Österreichern Söldnerstellungen erobert, die vom Feinde hartnäckig verteidigt wurden. Russische Verluste: tausend Gefangene, mehrere Maschinengewehre. - **3. Februar.** Deutscher Sturmangriff bei **Rassiges** (Frankreich) dring auf einer Breite von 2 Kilometer in die französische Hauptstellung ein. 600 Gefangene, 9 Geschütze, 9 Maschinengewehre. - An der **Vjura** (Nordpolen): russischer Raubangriff unter hohen Verlusten des Feindes abgeblieben. **4. Februar.** Deutscher Admiralstab erklärt die Gewässer rings um Großbritannien und Island als Kriegsgebiet. Vom 18. Februar ab wird jedes feindliche Manöverfahrtdienst in diesem Meeresgebiet vernichtet. Für den neutralen Handel bleibt der Weg an die Eberlandmüchle und 30 Seemeilen Breite an der niederländischen Küste frei. Der Rest der „Emden“-Besatzung rettet sich nach fast dreimonatiger Seefahrt auf dem Segler „Anschütz“, von französischem Kreuzer verfolgt, nach Arabien. Die Kämpfe in den **Karpathen** lösen den Russen weitere 4000 Gefangene. - In der **Bukowina** sind die Russen bis **Mirlibaba** und an die **Koldawa** zurückgedrängt; neue Kämpfe finden dort statt. - **5. Februar.** Französische Verluste, deutsche Stellungen bei **Rassiges** wieder an sich zu ziehen, scheitern. - Russische Angriffe in **Östpreußen** und bei **Samin** scheitern, sie verlieren 1000 Gefangene, 6 Maschinengewehre. **6. Februar.** Bei **Herz** ein französischer Schwebenangriff und 2 englische Maschinengewehre erobert. - In der **Bukowina** sind die Russen im vollen Aufzug, Sumpflager von den Österreichern eingenommen, 1200 Gefangene. - Türkische Truppen sind bis an den **Suczana** vorgedrungen.

◆ Aus unserer Bewegung ◆

Bamberg. Am 21. Januar tagte unsere Generalversammlung. **Mollath** erläuterte den Jahresbericht. Unsere Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1913 106, am Jahresabschluss 1914 60, 36 Kollegen haben kurzzeit im Felde; 4 Kollegen sind bis jetzt auf dem Felde gefallen, ein Kollege ist in der Heimat gestorben. **Mollath** gab dann den Massenbericht. Am Jahresabschluss 1914 betrug der Massenbestand 947,76 RM. Zur Weihnachtsunterstützung wurden 150 RM. bewilligt. Die Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. 1. Vorsitzender ist **Mollath**, 2. Vorsitzender **Rehler**, Kassierer **Dutsch**, 1. Schriftführer **Kamler**. Im Monat Februar 1915 wird unsere Ähtale auf ein zehnjähriges Festgeld zurück. Es wurde beschlossen, am 21. Februar eine Zeitversammlung abzuhalten, in welcher **Mollath** **Chret** spricht. Von weiterer Ausdehnung der Festlichkeit wurde wegen des Krieges Abstand genommen.

Gleichen. An der Generalversammlung am 21. Januar gab **Mollath** **Ranisch** den Vorstandsbericht. Er betonte, daß in der vergangenen Jahre einige Verbesserungen geschaffen worden sind. Einige Eingaben sind aber bis jetzt leider noch unbeantwortet geblieben. Er ermahnte die Kollegen, die mündliche Agitation besser zu betreiben, damit unsere Kollegen im Felde bei ihrer Rückkehr aus nicht den Vorwurf machen können, daß wir die Organisation vernachlässigt haben. Die Abrechnung vom 4. Quartal wies eine Einnahme von 856,25 RM. auf. Die Ausgabe der Ähtale belief sich auf 651,25 RM. Im Auftrag der Hauptkasse wurden ausgesetzt an Sterbeunterstützung 502,50 RM., für Krankenunterstützung 86,38 RM. und für Arbeitslosenunterstützung 179,50 RM. An den Kollegen der Kriegsteilnehmer wurden ausgezahlt 1118 RM., an Weihnachtsunterstützung 1900 RM. An den Hauptvorstand wurden abgefordert in Entlohnungen 3876,38 RM., in bar 226,48 RM., davon bleibt in der Ähtale ein Vermögen von 3302,11 RM. Der Ähtalbeiratsverband betrug am Ende des Quartals 397. Bis Ende des Quartals wurden eingeschlagen 256 Kollegen. Die vom Ähtalvorstand genehmigte Vorlage zur Neuwahl des Vorstandes wurden einstimmig angenommen. Der Bescheid gab der Versammlung nach bekannt, daß die letzte Vorstandswahl am inwilde Kollegen 1913, 15 RM. bewilligt hat. Die Versammlung stimmte dem zu.

Treiberg. An der Generalversammlung am 21. Januar erläuterte **Mollath** **Mellig** den Jahresbericht. Anschließend hieran gab der Kassierer den Massenbericht. An Einnahmen sind 2704,41 RM. zu verzeichnen, denen 526,28 RM. Ausgaben gegenüber stehen. An den Hauptvorstand wurden 1612,40 RM. abgefordert, so daß ein Massenbestand von 500,92 RM. verbleibt. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1913 110. Kurzzeit sind nur noch 73 Mitglieder zu verzeichnen. 12 Kollegen befinden sich im Felde. Der Ähtalvorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender **Mellig**, 2. Vorsitzender **Oppisch**, 1. Kassierer **Schub**, Schriftführer **Sunghaus**.

Kreuznach. An der Generalversammlung am 21. Januar gab **Mollath** **Reich** einen Heberbericht über das vergangene Geschäftsjahr. Fann nahm die Versammlung den Massenbericht entgegen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Vorsitzender **A. Jörn**, Kassierer **R. Schellmann**, Schriftführer **H. Schäfer**. Ein Antrag, an die Stadtverwaltung eine Eingabe zu richten, daß die Löhne der Straßenreiniger erhöht werden, wurde angenommen. Die Kollegen wurden aufgefordert, zur weitest Ausbreitung des Verbandes zu sorgen.

Leipzig. An der Generalversammlung wurde das Andenken von zehn im Felde gefallenen und dreier sonst gestorbenen Kollegen sowie einer Kollege in der üblichen Weise geehrt. Aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1914, den der Geschäftsführer **Mollath** **Schuchardt** gab, heben wir das Folgende hervor: Das Jahr 1914 war in seiner ersten Hälfte in wirtschaftlicher Beziehung als ruhig zu bezeichnen, während der anderen Hälfte durch den Krieg der Stempel aufgedrückt und die gewerkschaftlichen Maßnahmen in der Hauptsache zur Abwehr etwaiger Verschärfungen beeinflusst wurden. Mit Ausnahme einzelner Maßnahmen, die wegen der großen Arbeitslosigkeit zur Einstellung von Hilfsträften führten, wodurch Arbeiter verschiedener Meisters, insbesondere in der Straßenreinigung, durch Einbuße des Sonntagsverdienstes und der Heberentgeltzahlung in Mitleidenchaft gezogen wurden, waren im Kriegsjahr Gegenmaßnahmen gegen den Stillstand erforderlich. Diese Einbußen würden die Arbeiter als sogenanntes Kriegsgeld auch noch extra tragen, wenn die Löhne während der Zeitverhältnisse angehört und genügend gewesen wären, was aber leider nicht der Fall war, so daß sich jetzt die steigende Forderung empfindlich bemerkbar macht. Die Lohnordnung ist zwar Anfang 1911 in revidierter Auflage erschienen, hat aber immer noch viel Lücken und Mängel, die durch höhere Anfangslöhne und längere Steigerungsperioden in den einzelnen Lohnstufen ausgeglichen werden müssen. Die Lohnordnung kann daher nur als der Anfang eines geordneten Lohnsystems betrachtet werden; es bleibt einer späteren Zeit und unserer Mitarbeit vorbehalten, sie zu einem Tarifvertrag auszubauen und zu ergänzen. Die Organisationsverhältnisse sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme eines kleinen Teils Fabrikbeschäftigter, die durch den Krieg und seine Ereignisse koptischen geworden sind und die bisher leider mehr den materiellen als den ideellen Wert der Organisation zu würdigen verstanden. Die Maßnahmen des Verbandes sind auf dem Unterhaltungsgebiete während des Krieges zumeist ihnen als Vorwand für ihren Austritt. Die Organisation wird sich aber dadurch nicht beeinträchtigen lassen und ihrer Aufgabe auch weiterhin gerecht werden. An Einnahme und Ausgabe waren 1914 42 117,62 RM. zu verzeichnen. Verkauf wurden insgesamt 72 120 Beitragsmarken. An Unterhaltungen wurden verausgabt: in Sterbefällen 1797,50 RM., bei Krankheit 1683,27 RM., bei Arbeitslosigkeit 1649 RM., bei Streiks und Maßregelungen 348,50 RM., an Kriegsfamilien 1028,25 RM., an Weihnachtsunterstützung für Kriegsfamilien und Arbeitslose 1000 RM., und in besonderen Notfällen 513 RM. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde richtiggeprüft und dem Kassierer **Enlaffung** erteilt. Der bisherige Vorstand, bestehend aus den Kollegen **Hessl**, **Zeitschel**, **Dönike**, **Graupner**, **Korrich**, **Zuckante** und **Kabner**, wurde einstimmig wiedergewählt. Am 19. Februar 1915 findet abends 8 Uhr im Volkshaus ein Lichtbildvortrag über Kultur und Intakultur in Belgien statt, zu der die Mitglieder mit ihren Haushaltsangehörigen sowie die Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder freien Zutritt haben.

Nordhausen. Unsere Generalversammlung am 12. Januar nahm den Vorstands und Massenbericht entgegen. Der bisherige Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. **Mollath** **Wachtendorf** ermahnte dann zur Freue zum Verband und ersuchte die Kollegen, eifrigere Mitarbeit unter den unorganisierten häftischen Arbeitern zu treiben.

Münchberg. Am 31. Januar d. J. fand die Generalversammlung unserer Ähtale im „Virtual“ statt. **Mollath** **Schulz** gab den Jahres- und Massenbericht. Dieß gah der Krieg in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ein und gestaltete sie mit einem Schlag zu den allerungünstigsten. Der Realwert sah sich im Hinblick auf die vielen, durch den Krieg hervorgerufenen gewordenen Industriearbeiter veranlaßt, die Arbeitszeit der häftischen Arbeiter auf 36 Stunden pro Woche zu beschränken, um dadurch jenen Erwerbsmöglichkeiten zu bieten. All unser Straßen hiergegen daß nichts. Wiederholte energetische Anstrengungen führten jedoch zu dem erfruchteten Resultat, daß die Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich erweitert wurde; neuerdings aber sind erfolgversprechende Verhandlungen im Gange, die Arbeitszeit auf taalich 9 Stunden auszuweiden. Die finanziellen Verhältnisse sind durchaus gute, auf fester Grundlage beruhend. Mitzutunten an dem Ausbau des Verbandes ist jedes Mitglied beizugeben; denn nur allein in den neuen Gewerkschaften wohnt der energetische Verbesserungswille gegenüber den unglücklichen Verhältnissen des Arbeiters, Mühsal und Erkennen für seine Leiden und seine Not. Es ist dringend notwendig, daß auch der letzte Mann herangeholt wird; denn in unserer Einnahme und Geldmitteln liegt der Grundpfeiler unserer Macht und die Möglichkeit unserer Erfolge. Viele und jebere

Arbeiter helfen uns nach dem Jahresabschluss bevor, dann müssen wir jetzt schon im Spätsommer gerüstet zu sein. Grundsätzliche Aufklärung über den nächsten Arbeitstag zu verbreiten, sei noch nicht notwendig, da wir für die bevorstehende Zeit der Verbände und keine eigene. Soll es die Förderung ebenfalls zu einem weiteren Schritt sein, so ist das nächste und nächste Ziel zu erörtern. Die Arbeiter belassen sämtliche Verwaltungsgeschäfte in der Hand der Stellen, nur ein neuer Revision für den nächsten als nächster Schritt gewählt wurde. Ebenso sollen die Stimmzettel einer Erhöhung zu helfen, was aber in deren Selbstverwaltung stehen soll.

Planen. Am 22. Januar abgehaltene Generalversammlung konnte über keinen Punkt im Sinne des eingezogenen Vorstandsentscheidungsorgans der Arbeiter. Der Vorstand hat zu erörtern, daß unsere Bewegung hier am 1. im vergangenen Jahre mit großer Anteilnahme der Arbeiter an der Sache teilgenommen hat, so konnten auch keine Fortschritte erzielt werden. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 73, dazu kommen noch 21 eingezogene Mitglieder. Die Hauptkasse hatte an demselben Tage im vergangenen Jahre 1061 Mk. auszugeben, davon waren im 1. Quartal 700 Mk., 2. 200 Mk., Familien- und 200 Mk. Beitragsentwässerung. Aus diesen Unterhaltungsleistungen ist zu ersehen, welche Kosten die Organisation auch jetzt hat. Solange es nicht gelingt, die Arbeiter auszuführen einen Rückblick auf die vergangenen Jahre und ermahnte am Schlusse eindringlich die Mitglieder, im neuen Jahre mehr Interesse für die Organisation zu zeigen. Damit war dann, wenn eines Tages unsere Mitglieder wieder eine dem Organ heimkehren, ihnen unsere Organisation noch und nicht übergeben können. Nach den nächsten Versammlungen am 1. Februar und 1. März, die regelmäßig stattfinden werden, beschließen, die regelmäßigen Versammlungen jeden zweiten Freitag im Monat abzuhalten.

Strasbourg. Am 21. Januar fand hier die Generalversammlung der Stadt Arbeitervereine der im Reich Gefallenen sowie der Arbeitervereine der im Reich Gefallenen sowie der Arbeitervereine der im Reich Gefallenen. Der Vorstand hat zu erörtern, daß unsere Bewegung hier am 1. im vergangenen Jahre mit großer Anteilnahme der Arbeiter an der Sache teilgenommen hat, so konnten auch keine Fortschritte erzielt werden. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 73, dazu kommen noch 21 eingezogene Mitglieder. Die Hauptkasse hatte an demselben Tage im vergangenen Jahre 1061 Mk. auszugeben, davon waren im 1. Quartal 700 Mk., 2. 200 Mk., Familien- und 200 Mk. Beitragsentwässerung. Aus diesen Unterhaltungsleistungen ist zu ersehen, welche Kosten die Organisation auch jetzt hat. Solange es nicht gelingt, die Arbeiter auszuführen einen Rückblick auf die vergangenen Jahre und ermahnte am Schlusse eindringlich die Mitglieder, im neuen Jahre mehr Interesse für die Organisation zu zeigen. Damit war dann, wenn eines Tages unsere Mitglieder wieder eine dem Organ heimkehren, ihnen unsere Organisation noch und nicht übergeben können. Nach den nächsten Versammlungen am 1. Februar und 1. März, die regelmäßig stattfinden werden, beschließen, die regelmäßigen Versammlungen jeden zweiten Freitag im Monat abzuhalten.

Stendal. Am 20. Januar fand unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Der zweite Vorsitzende gab einen Überblick über das letzte Jahr. Der erste Vorsitzende, welcher bei Ausbruch des Krieges eingezogen wurde, ist ihnen zum zweiten Male wieder ins Licht gerückt. Ferner hob Kollege Wachtel hervor, die aquatorische Arbeit des vergangenen Jahres hervor. Die Mitgliederzahl im Stendal hat sich gut entwickelt. Sie ist auch jetzt wieder im Steigen begriffen. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Mehrere Kollegen traten der Organisation bei.

Swidau. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. An Stelle des eingezogenen Vorsitzenden, Kollege Reiter, hat Kollege Schmeiß einen neuen Vorsitzenden. In ausführlicher Weise erläuterte hierauf Kollege Schmeiß den Jahresbericht. Danach betrug die gesamte Jahresertragsabgabe 1001 Mk. Die Haupt-

kasse hatte für Unterhaltungen 2160 Mk. aufzuwenden, darunter für Familienunterstützung allein 1191 Mk. Diese hohe Summe ist notwendig geworden, weil die Stadt in ihren Zuschüssen sich nicht gerade besonders freigebig zeigt. Nebenbei bemerkt, Swidau hat bis jetzt auch noch keine Arbeitslosenunterstützung durchgeführt. Andererseits hat die Stadt es jetzt gebracht, die Lage der Familienarbeiter erheblich zu verschlechtern, indem sie diese nur fünf Tage in der Woche arbeiten ließ, leider auch nur für fünf Tage Lohn zahlte. Diese Verkürzung der Arbeitszeit wurde angeblich deshalb notwendig, weil es in der Stadt viele Arbeitslose gebe. Als aber darauf unsere Genossen im Stadtverordnetenkollegium die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung beantragten, da war auf einmal dafür kein Bedürfnis vorhanden, weil es keine Arbeitslosen gebe! In früheren Jahren wurde im Stadtbauamt im Winter die Arbeitszeit nur bis 8 1/2 Stunden verkürzt, in diesem Winter aber wurde die Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt, auch nur für 5 Stunden Lohn gezahlt. Nun kamen die vielen Feiertage hinzu, welche auch alle nicht bezahlt werden. So kam es, daß die Familienarbeiter es nur auf einen Wochenverdienst von 12 bis 16 Mk. brachten. Sie fanden damit schlechter als manche Familie eines eingezogenen. Dazu konnten wir nicht schweigen, und so haben wir durch den Arbeiterausschuß beantragt, den Lohn um 5 Pf. für die Stunde zu erhöhen, die Wochenfeiertage nachzugeben. Die Sitzung des Arbeiterausschusses mit der Vertretung des Rates hat bereits stattgefunden. Die Anträge sind schriftlich dem Rat und Stadtverordnetenkollegium überreicht worden. Wir hoffen, daß der „Innere Ausschuss“ sich im Trab setzt, damit unsere Anträge bald erledigt werden.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Arbeitsgemeinschaft im Schneidergewerbe. Auf Anregung des Verbandes der Schneider fand am 22. Januar in Frankfurt a. M. eine Zusammenkunft der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände statt, um über die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zu beraten. In dieser Konferenz nahmen außer genanntem Verband auch der Gewerksverein der Schneider, der Christliche Schneiderverband, der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe und der Verband des Bundes deutscher Schneiderinnungen teil. Eingeladen waren außerdem der Arbeitgeberverband der Herren- und Anbeterkleiderfabrikanten Deutschlands, der aber unter Aufzählung aller möglichen Bedenken abgelehnt hatte. In der Hauptsache handelte es sich bei der Beratung um die Ausbildung des Preisniveaus bei der Vergütung von Pforten für das Material durch die Arbeitgeberverbände, um die Regelung der Preise und die Vergütung der Kolben an Arbeiter und Arbeiterinnen, um die Verteilung der Arbeit, um die Regelung des Arbeitsnachweises, endlich um die Einrichtung von Arbeitsstellen für Eltern und Generalverwaltungen, Betriebsräten, Vereinen und Gemeindebehörden. Dagegen, daß eine Vertretung der Einzelhändler der Herrenkonfektion nicht eintreten war, konnte das gestellte Ziel nun in sehr beschränktem Maße erreicht werden, weil gerade diese Brands große Weltlieferungen übernommen hat. Nach einer Beratung des Vorsitzenden Zimmer vom Schneiderverband und nachfolgender kurzer Diskussion wurden folgende Beschlüsse einstimmig beschlossen: 1. Die eine Arbeitsgemeinschaft bildenden Verbände richten eine gemeinschaftliche Eingabe an sämtliche Arbeitsvermittlungsämter, um zu bewirken, daß Preisverhandlungen an Zwischenhändler bezw. Vermittler nicht verhandelt werden. Vor Anstellung von Outlets durch die Handels- und Gewerkschaften sollen diese von der Arbeitsgemeinschaft konstant über die gewerbliche Leistungsfähigkeit der Bewerber ermitteln. 2. Es ist dahin zu wirken, daß für die von den Arbeitsvermittlungsämtern ausgegebenen Arbeitsbescheinigungen keine Preisuntergrenze festgesetzt werden, unter welcher von keinem Arbeitsvermittlungsamt gezahlt werden darf. 3. In den Städten des Deutschen Reiches, wo Ortsgruppen und Filialen der Innungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände die der Arbeitsgemeinschaft eingeschlossen sind, bestehen, treten am Montag einer Organisation der Ortsverbände zusammen, um eine Kommission zu bilden. Diese Kommission stellt zunächst fest, wieviel Arbeitgeber und Arbeitnehmer am Ort sich an der Vereinbarung und Anfertigung von Uniformierungsarbeiten beteiligen wollen. 4. Die Regelung der Arbeitsvermittlung und Arbeitsverteilung wird den örtlichen Kommissionen überlassen. 5. Wenn an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nicht genügend Arbeit beschäftigt werden kann, sollen die Arbeitsgemeinschaften sich bei Preisverhandlungen, Vereinen und Gemeindebehörden um Arbeitsstellen bemühen, die dann gleichmäßig zu verteilen sind. 6. Die Verhandlungen für Lieferungen an den Eisenbahn- und Postverwaltungsbereich, sowie anderer Aufträge der Reichs- und Landesregierungen bleiben den Bezirkskommissionen oder der Reichskommission für die Arbeitsgemeinschaft vorbehalten. Die Reichskommission wird von den Hauptverbänden der der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Verbände gebildet. Mit den Arbeitgeberverbänden der Bekleidungsindustrie in Berlin und Weiskopf, die sich ebenfalls zum Beitritt erklären wollen, sollen nach beiderseits Beratungen gepflegt werden.

Rundschau

„Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen?“ Hierüber sprach Legien am 21. Januar in einer starkbesuchten Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre. Er führte u. a. aus: „Den Satz, daß Partei und Gewerkschaften eins sind“, habe ich nie in dieser Form für richtig gehalten. Wohl aber sind wir uns einig darin, daß die Partei die politische Interessenvertretung der Gewerkschaften sein muß. Dazu ist es notwendig, daß die Einheit der Partei aufrecht erhalten bleibt. Diese Einheit müssen wir als Gewerkschafter haben, wenn wir genügend Vertrauen zur Partei, unsere Gewerkschaftsinteressen politisch zu vertreten, behalten sollen. Tatsächlich ist die Einheit der Partei durch das Auftreten einer kleinen Minderheit im Verlaufe geraten. Man behauptet, die Internationale sei durch die Kreditbewilligung vernichtet worden. Die Internationale kann aber nur durch starke nationale Organisationen stehen. Nur die internationale wirtschaftliche Aktion ist die Stärke und Aktionskraft der Gewerkschaften, nur die politische Aktion die Stärke der politischen Parteien maßgebend. Die Rückständigkeit der Sprache, Charakteristika, Lebensgewohnheiten usw. bilden ein Hindernis einer wirksamen internationalen Aktion. Man sagt, wir hätten Gewaltmittel, wie Klassenrecht, anzuwenden. Dadurch wäre ja aber nur die bestgeeignete Nation bevorzugt worden, weil ihre Aktion im Land den anderen preisgegeben hätte. Derartige Aktionen sind immer unmöglich. Kriege können nicht verhindert werden, wenn die Mächte übermächtig sind, sondern nur durch den Einsatz, den man in allen Ländern zuwege bringen hat. Sätze nicht dieser Art, wie in demokratischen Ländern wie England und Frankreich einzuwirken sein können und eigentlich sein müssen als in Deutschland? Das Zentralorgan der Partei hat vollständig versagt in seiner Aufgabe, die Gewerkschaften über die Lage zu informieren. Nicht einmal eine Billigung der Haltung der Arbeiterpartei kann wir dann gefordert. Weiter finden wir im Zentralorgan nur eine völlig unzureichende Information über die Haltung der sozialistischen Parteien anderer Länder. Dabei ist es bei den Arbeitern nicht allgemein bekannt, daß die Vertretungen der Arbeiter in England und Frankreich sich den Kriegseffekten der deutschen Sozialistenführer in Frankreich und England, die ihre Vorkämpfer nicht zum Kriege ermuntern, sondern auch nach der Seite Japan und des mit Deutschland verbündeten Italien rufen.“

In Rußland hat zwar die Heine Demobilisation den Staat vor der Abkommensfrage verschont. Es ist anzunehmen, daß das unter russischen Verhältnissen eine mutige Tat ist. Aber ihr Erfolg ist naturgemäß sehr gering, und an der Tatsache, daß russische Truppen sofort nach Kriegsausbruch demütig überliefert, konnte man nicht anders sein. Wäre der Preis der Revolution, die von diesen Revolutionären Membranen haben, größer, dann wäre vieles anders in unserer heutigen Partei. In der Parteipresse der neuen Länder hat man gegen uns keine solche Vorwürfe gerichtet. Weiter zitiert eine Reihe tendenziöser Nachdrucke deutscher Parteimitglieder in der Schweizer Presse. Mit Recht sagt Genosse Dr. Leisch hinsichtlich der Haltung der Auslandsorgane im „Sonderburger Echo“, daß die Leiter dieser Parteiblätter, zu deren wir in einer Linie den „Vorwärts“ rechnen, diese Dinge entweder gar nicht oder nur so nebenbei und verhalten und manchmal mit einem gewissen Erfolg, daß die Leiter des „Vorwärts“ nicht dieser Meinung sein kann zu begreifen vermögen.“ Der „Völkungsanspruch“ in Wiederbarnim hat ein „Referentenmaterial“ herausgegeben und Zusammenkünfte besonders zuverlässiger Referenten organisiert. In diesem „Referentenmaterial“ finden sich folgende Sätze: „Was die Meinung der Mehrheit der Partei anseht, ist, weiß kein Mensch. 110 Parteimitglieder, die zum 1. März Reichstagsabgeordnete sind, haben am 1. August die Haltung der Partei durch ihre Kommune feingelagt, gegen den Willen der Mehrheit in ihrer Partei.“ Und an anderer Stelle: „Mit der Kommune der sozialdemokratischen Parteien am 1. August war verbunden, daß eine ordentliche Auffassung, auch wenn sie tief in den Massen verankert, nur durchsetzen konnte, nicht unter Führung der erprobten Partei, sondern nur gegen den Willen der Parteiführer, unter Hebrung des Gegenstandes „Referentenmaterial“ der Partei und der Gewerkschaften.“ Dem Genossen Schmidt werden unverständliche Verwicklungen vorzulesen und einem Teil der Parteiführer, daß sie den „Sonderburger“ verurteilt. Wir fordern Material, aus welchem sollen die Referenten auf die Parteimitglieder geschloffen werden. Die Sache ist charakteristisch für die Zeit, die eine unverständliche Organisation zu verurteilt. Nachdem es uns jetzt nach unserer längerer Warte gelungen ist, die Kommune zu den korrekten Maßnahmen zur Streckung der Parteiführer zu erziehen, ist es geradezu ein Verbrechen, den Frauen und Mädchen die Partei einzuhalten, daß eine Sitzung nur durch, um es feiner in diesem „Referentenmaterial“ zu sehen. Was soll aus der sozialdemokratischen

Partei werden, wenn derartige Tendenzen ungehindert sich entfalten dürfen? Der Satz, daß „nur gegen den Willen der Parteiführer usw.“ enthält ungewissheit die Aufforderung zur Sprengung der Organisation. Diese Organisation brauchen wir aber dringend, wenn der Krieg einmal beendet sein wird. Die sozialen Errungenschaften während des Krieges sind wirklich nicht gering einzuschätzen. Es sind eine Reihe von Einrichtungen getroffen worden, die zwar nur für die Kriegsdauer bestimmt sind, aber die doch auch nachher für unsere Kampf wertvoll sind. Da sollten wir uns bemühen, diese Einrichtungen im Interesse der Arbeiter auszubauen und sie immer mehr durch radikale Maßnahmen bereichern. Radikal sein, ist sehr leicht, aber wahres revolutionäres Wirken liegt in der Organisationsarbeit, nicht im Treiben radikaler Phrasen. Nach dem Kriegsbild der Parteiführer auf, dann beginnen wieder unsere gewohnten politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe. Demgegenüber ist es geradezu trivial, die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung durch derartige Maßnahmen zu gefährden. Wir brauchen die Geschlossenheit nach dem Kriege mehr denn je. Daher müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen. Die kommenden Kämpfe erfordern vor allem eine: die geschlossene Organisation.“ — In der Diskussion vertrat die Redakteure Völkopp und John die Haltung des „Vorwärts“, während Völkopp betonte, in wie unerzürter Weise der „Vorwärts“ die Referenten zitiert. Die Franzosen hätten immer vom Generalstreik geredet, aber keinen gemacht. Wir haben das immer abgelehnt, wie kann man das denn jetzt von uns fordern. Am 2. Januar schon waren sich die Franzosen einig, die Arbeit zu verweigern. Daraus machen wir ihnen keinen Vorwurf, wohl aber verlangen wir für uns das gleiche Recht. Und wir verlangen vom Zentralorgan, daß es die Referenten über diese Dinge unterrichtet. Aber die Redaktion hebt ja nicht auf dem Boden der Fraktion. Wenn sie nicht die Haltung der Partei vertreten kann, dann möchte sie lieber darüber erklären, wie sie und anderer Meinung sind und können das Zentralorgan nicht weiter redigieren. Natürlich merkt die Kritik, wenn der „Vorwärts“ sich alles anmaßt, was den deutschen Kämpfern gegen die ungewohnten Vorwürfe des Auslandes verteidigen soll. Der „Vorwärts“ habe immer das für das Ausland Günstige und das für Deutschland Unvorteilhafte gebracht. Das kann doch der Kritik nicht unmerklich werden; das sie dann gegen den „Vorwärts“ scharf vorgehen, muß man sehr verständlich nachvollziehen, aber man kann es verstehen, daß es schließlich so kommt. — Im Schlußwort erklärte Legien: Den Vorwurf, hier Parteifragen erörtert zu haben, weise ich zurück. Wir machen uns hier nicht an, über Parteifragen zu entscheiden. Aber noch muß wir uns damit beschäftigen, so es notwendig ist, daß unsere Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen. Nur die Meinungsarbeit in der Partei werde ich stets ein. Aber ich wende mich dagegen, daß die Gewerkschaften, die eine andere Meinung haben, in der Auslandsorgane Schank auf unsere Partei werfen. Prühl sagt, die Regierung würde den einen Krebs heilen und würde sich noch mehr fürchten, wenn wir 100 Verleumdungen hätten. Ab nein, die Regierung würde sich freuen, wenn wir nicht viele Verleumdungen hätten, denn dann wäre die Berichtigung unserer Partei gegeben. Etwas Besseres könnte sich die Bourgeoisie nicht wünschen. Wir brauchen die geschlossene Organisation; wer diese gefährdet, wird von den Gewerkschaften nicht gefördert. Wir aber müssen unsere ganze Kraft aufwenden, um unsere Organisation hart und lebensfähig zu erhalten.

Erweiterung der Familienunterstützung für Kriegsteilnehmer. Der Reichsminister des Innern hat in einem Rundschreiben vom 30. Januar 1915 an die Landesregierungen weitere Grundzüge über die Gewährung von Unterstützungen an Familien von Kriegsteilnehmern aufgestellt. Derwichtigste ist, daß der Personenkreis der antragsberechtigten Familien eine weitere Ausdehnung erfahren hat. Aus dem Rundschreiben lassen wir die wesentlichen Punkte folgen: 1. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind vor der Gewährung von Familienunterstützungen auszuscheiden die Familien derjenigen Mannschaften, die in Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht sich befinden. In Zukunft sollen auch antragsberechtigter sein die Ehefrauen und die eheähnlich und den eheähnlich gleichstehenden minder unter 15 Jahren, sowie die inobehafteten Minder derjenigen Mannschaften, die zurzeit ihre aktive Dienstpflicht erfüllen. 2. Weiter werden den Angehörigen aller derjenigen Mannschaften, die infolge der kriegerischen Ereignisse nicht mehr in der Lage waren, in die Heimat zurückzukehren, Unterstützungen gewährt, sofern glaubhaft gemacht wird, daß die Mannschaften als Gefangene im künftigen Ausland zurückgekehrt werden, wobei kein Interesse zu machen ist, ob sie von den Heerese oder Zivilbehörden behandelt werden. Den Angehörigen dieser Mannschaften sind in Zukunft gleichzustellen die Familien aller derjenigen im wehrpflichtigen Alter lebenden Personen, die sich in neutralem Ausland aufhalten und infolge von künftigen Maßnahmen nicht heimwärts werden, ins Ausland zurückzuführen, sowie die von den Heerese vertriebenen im wehrpflichtigen Alter lebenden Mannschaften. 3. Die Familien der jüdischen Soldaten, der nach § 177 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

der Mann den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist, ist unter den übrigen Voraussetzungen in Zukunft zu unterstützen. 4. Die nicht militärisch ausgebildeten, gemäß § 32 Ziffer 2 der Wehrordnung wegen bürgerlicher Verhältnisse, insbesondere als die einzigen Ernährer hilfloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern und Geschwister oder nach § 99 Ziffer 2 a. a. O. zurückgestellt, aber später einberufenen Mannschaften erfüllen ihre gesetzliche aktive Dienstpflicht; die Unterbringung ihrer Angehörigen kann nur in der in Ziffer 1 vorgesehenen Beschränkung erfolgen. Das gleiche gilt hinsichtlich der nicht rekrutierten, beim Kriegserlassgeschäft ausgehobenen und später eingestellten militärpflichtigen Mannschaften. 5. Diejenigen Mannschaften, die auf Meldeanlassung vorzeitig entlassen und militärisch ausgebildet sind (Wehrordnung § 62 5c), treten gemäß § 14 Ziffer 4 der Wehrordnung zur Reserve über. Falls diese Mannschaften in den Decreesdienst eintreten, ist den Angehörigen die reichsrechtliche Unterbringung zu gewähren. 6. Von verschiedenen Seiten sind Zweifel darüber erhoben worden, ob bei der Prüfung der Bedürftigkeit innerhalb der in § 2 Absatz 1 a. a. O. genannten Gruppe von Personen unterschieden, d. h. die Unterbringung für die Frau versagt, für alle oder einige Kinder aber gewährt werden kann. Eine solche Unterscheidung ist nicht gerechtfertigt. Da das Gesetz die Familien mindestens in der Zusammenfassung der in § 2 Absatz 1 a. a. O. bezeichneten Personen als eine Einheit betrachtet.

Zur Verwendung des Raifeierfonds. In einigen Bezirken, so in Groß Berlin, im Bezirk Niederrhein usw., ist von den Verwaltungskommissionen unter Zustimmung der örtlichen Partei und Gewerkschaftsinstanzen beschlossen worden, die im Raifeierfonds angesammelten Gelder zu gemeinsamen Unterstützungsaaktionen der Partei und Gewerkschaften zu verwenden. Auf Anfrage haben Parteiverband und Generalkommission erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die durch den Krieg geschaffene außergewöhnliche Situation nichts dagegen einzuwenden haben, daß die Bestände des Raifeierfonds zur Unterstützung der Arbeitslosen und der im Felde stehenden Kriegsglieder bzw. deren Familien verwendet werden.

Kriegskosten. Das englische Finanzblatt „Economist“ stellte kürzlich wieder Berechnungen über die Ausgaben der am Kriege beteiligten Mächte an. Das Blatt berechnet die englischen Ausgaben bis Ende Dezember auf 178.000.000 Pfd. Sterl. (1 Pfd. = circa 20 Mk.). Der englische Schatzkanzler hat vor einigen Monaten die Kriegsausgaben für ein volles Jahr auf 450 Millionen Pfund Sterling (gleich 9 Milliarden Mark) berechnet, und Lloyd George hat neuerdings die Ausgaben für Meer und Flotte zusammen sogar auf monatlich 45 Millionen Pfund Sterling angegeben; dies würde auf ein volles Jahr Kriegsführung 550 Millionen Pfund Sterling (gleich 11 Milliarden Mark) bedeuten. Die russischen Ausgaben berechnet der „Economist“ nach einer Angabe des russischen Finanzministers auf 178.500.000 Pfund Sterling bis zum 30. Oktober 1914. Für die ersten sechs Kriegsmonate würden sie mindestens 125 Millionen Pfund Sterling (gleich 8,5 Milliarden Mark) betragen. — In den ersten sechs Kriegsmonaten betragen die Kriegskosten für

	Pfund Sterling	
Deutschland	425.000.000	
Osterreich-Ungarn	300.000.000	725.000.000
Rußland	125.000.000	
Frankreich	325.000.000	
Großbritannien	210.000.000	990.000.000
		1.715.000.000

In diesen Zahlen sind die Ausgaben der Türkei sowie die von Japan, Serbien und Montenegro nicht enthalten. Diese Länder dürften nach der Schätzung des „Economist“ Kriegsausgaben von etwa 100 Millionen Pfund Sterling in den ersten sechs Monaten gehabt haben. Danach würde sich eine Gesamtausgabe aller kriegführenden Länder in den ersten sechs Kriegsmonaten in Höhe von 1.815.000.000 Pfund oder 36,3 Milliarden Mark ergeben.

Briefkästen

Druckfehler-Berichtigung. In dem Artikel „Eine Lohnbewegung der holländischen Arbeiter in Frankfurt a. M.“ in voriger Nummer hat sich auf Zeile 84 bei der Korrektur eine falsche Zeile eingeschlichen, während die richtige zurückgeblieben ist. Wir setzen deshalb nachstehend die Sätze im Zusammenhang noch einmal hierher: „Eine mühevollen Arbeit mag's gewesen sein, denn bei jeder kleinen Tealibüchigen Verringerung drohte der Magistrat, die gesamte Portage fallen zu lassen. Ohne nennenswerte Verbesserungen (gewissermaßen noch ein Originalprodukt des Magistrats) wurde sie einstimmig von der Stadt verordnetenversammlung angenommen.“ — Wir bitten, diesen mehr als teuflischen Druckfehler zu entschuldigen.

Patrouille vor dem Feind.

Wir schleichen grau durchs graue Feld,
Blauweil blüht die falsche Welt,
Wir augen, eh' wir schrittweis gehn,
Und vordern in das Rindeswebn.
Vor uns vielleicht am Waldesrand
Liegt still am Abzug Hand und Hand,
Liegt Feind an Feind im Holz versteckt,
Von Strauch und Nebetrauch verdeckt,
Und schwarzer Amselangen Gier
Jäht still uns ab: eins . . . zwei . . . drei . . . vier.
Wir schleichen vor, geduckt, geduckt . . .
Ein Zweiglein knack . . . Der Finger zuckt,
Und Fuß und Fuß und Atem stoch,
Wir stehen still wie angeflocht.
Jetzt . . . ! Jetzt zerreißt der graue Rauch,
Mordlohe schlägt aus Strauch und Strauch
Da liegt der Feind! Meldung zurück
Ans Regiment! Will's Gott, mit Glück.
Achtung, Mann'rad! Und jeder liegt
Langhin der Erde angeschmiegt . . .
Im Sprung zurück! Geduckt, geduckt,
Vom grauen Erdrrauch eingeschluckt . . .
Der feurigen Hornissen Schwarm
Trägt Gier nach unserm Herzblut warm.
Es jischt vorbei an Ehr und Glück
In Holz und Stein mit Knack und Knack . . .
Am Waldrand hocht der Tod und pfeift.
Wie schill und kalt sein Atem streift!
E - sim — fährt's vorbei wie Messerschnitt,
Still gleitet eine Angel mit,
Die eine, die dir selber gilt
Und dir auf Herz und Leben zielt.
Ihr Flughauch löst das liebe Licht —
Die eine Angel hörst du nicht . . .

Walter Flör.

Totenliste des Verbandes.

- Ch. Jung, Neunkopf a. H.**
Invalid
† 5. 2. 1915, 64 Jahre alt.
- Albert Strak, Stettin**
Arbeiter
† 11. 12. 1914, 45 Jahre alt.
- Albert Werther, Halle a. S.**
Arbeiter im Elektrizitätswert
† 1. 2. 1915, 59 Jahre alt.
- Aug. Wollmann, Halle a. S.**
Arbeiter (Friedhof)
† 20. 1. 1915, 60 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- Frik Abel, Stendal**
am 16. Dezember im Alter von 30 Jahren in Frankreich gefallen.
- Fr. Cronauer, Frankfurt M.**
am 27. Dezember im Alter von 29 Jahren in Rußland gefallen.
- H. Füllhardt, Stralsburg i. C.**
am 30. Oktober im Alter von 40 Jahren bei St. Georges gef.
- Franz Gerdon, Durlach**
am 25. Dezember im Alter von 25 Jahren in Flandern gefallen.
- Adolf Göb, Barmen**
im Alter von 28 Jahren in Frankreich gefallen.
- Franz X. Himpls, Nürnberg**
am 6. November im Alter von 42 Jahren bei Saates gefallen.
- Paul Hübner, Wilmersdorf**
am 7. Dezember im Alter von 37 Jahren gefallen.
- August Krisp, Berlin**
am 13. Dezember im Alter von 26 Jahren gefallen.
- Craß Käsig, Chemnitz**
im Alter von 36 Jahren in Frankreich gefallen.
- Hans Mündy, Kaufbeuren**
Jub. d. Ein. streuzes, am 27. November bei Arras gefallen.
- Frik Pefler, Nürnberg**
am 24. Dezember im Alter von 28 Jahren im Westen gefallen.
- Wilhelm Reher, Hamburg**
am 9. Dezember im Alter von 37 Jahren im Lazarett gestorben.
- Fr. Schafferhans, Chemnitz**
im Alter von 30 Jahren in Serbien gefallen.
- Artur Stiller, Mariendorf**
am 5. Dezember im Alter von 30 Jahren gefallen.
- August Weber, Köln**
im Januar im Alter von 20 Jahren im Westen gefallen.
- Andr. Würnyer, Kaufbeuren**
am 20. August im Alter von 25 Jahren im Westen gefallen.

Chre ihren Andenken!